

Zu einigen Problemen des staatsmonopolistischen Kapitalismus

Die Erfahrungen der fünfundsiebenzigjährigen Existenz des sozialistischen Weltsystems führen:

„Die sozialistische Gesellschaftsordnung, die in den Staaten, die das sozialistische Weltsystem bilden, best verankert ist, hat in der historischen Auseinandersetzung mit dem Kapitalismus ihre große Lebenskraft bewiesen.“

„Das Entstehen und die Festigung des sozialistischen Weltsystems haben den gesellschaftlichen Fortschritt, der durch den Großen Oktober eingeleitet wurde, mächtig beschleunigt.“

„Neue Perspektiven für den Triumph des Sozialismus in der ganzen Welt haben sich aufgetan.“¹⁾

Diese Anpassungsstrategie des Imperialismus hat nichts am Wesen des staatsmonopolistischen Kapitalismus geändert.

Bei der Analyse des Imperialismus gelangte Lenin zu der Erkenntnis: „Würde eine möglichst kurze Definition des Imperialismus verlangt, so müßte man sagen, daß der Imperialismus das monopolistische Stadium des Kapitalismus ist.“²⁾

Das ökonomische Monopol, das ist der Kern der Sache. Der politische Überbau über der neuen Ökonomie, über dem monopolistischen Kapitalismus ist die Wendung von der Demokratie zur politischen Reaktion.“³⁾

Herrschaft der Monopole

Durch den Übergang zum staatsmonopolistischen Kapitalismus, durch den die Macht der Monopole mit der Macht des Staates zu einem einheitlichen Mechanismus verschmilzt, werden Bedingungen geschaffen, unter denen sich das Monopol voll entfalten kann. Mit Hilfe des Staates setzt sich die von Lenin erkannte Tendenz des Monopols, sich alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens unterzuordnen, durch. Damit ist unter den Bedingungen des weitestgehenden Übergangs des Kapitalismus zum Sozialismus, verstärkt durch die wissenschaftlich-technische Revolution, der staatsmonopolistische Kapitalismus zur einzigen Existenzform des Imperialismus geworden. Über die ökonomische Tätigkeit des Staates realisieren sich die wesentlichen Beziehungen zwischen Staat und Monopol. Diese ist hauptsächlich darauf gerichtet, den Monopolen die günstigsten Bedingungen für die Expansion ihrer Macht, zur Konzentration der Produktion und des Kapitals sowie zur Sicherung höchstmöglicher Profite zu schaffen.

Die objektiven Entwicklungsprozesse in der Bundesrepublik wie auch in den anderen imperialistischen Ländern führten in den letzten Jahren zu einer Konzentrationsfähigkeit bisher unbekanntem Ausmaßes, die eine neue Form der politischen und ökonomischen Machtzusammenballung der Monopole hervorbrachte.

In der BRD verfügten Ende 1969 102 der größten Aktiengesellschaften (= 4,4 Prozent) über 61 Prozent des gesamten Aktienkapitals.⁴⁾

Die Großen fressen die Kleinen

Bereits auf der Moskauer Beratung der kommunistischen und Arbeiterpartei 1969 verurteilte der Generalsekretär der KP der USA, GUS HALL, auf diese neue Monopolisierungsstufe:

„In großen und ganzen ist eine neue Monopolisierung der kapitalistischen Wirtschaft am Gange. In den USA wie auch in den anderen industriell entwickelten Ländern geht ein ständiges Fressen von Füssen vor sich. Das die „kleinen Fische“ von den großen Hasen geschluckt werden, ist im Kapitalismus ganz und gar üblich. Doch für die gegenwärtige Welle der Fusionen sind drei neue Momente charakteristisch:

1. sind die Fusionen völlig unkontrollierbar geworden;
2. wurden die Giganten des Business durch Fusionen zu Supergiganten;
3. erfolgt die Verengung der Monopole in Form von Konglomeraten...“⁵⁾

Diese neuen Züge werden auch durch die Entwicklung in der BRD bestätigt. Bis in die Mitte der 60er Jahre dominierten Formen der Realisierung von Konkurrenzunternehmen und der Aufbau von kleineren und mittleren Betrieben, wodurch die Macht der riesigen Konzerne verstärkt wurde. Heute erfolgen Fusionen, Kooperationen und Gemeinschaftsgründungen zwischen den bestehenden Monopolvereinigungen, aus denen Superunternehmen hervorgehen.

Einen besonderen Schwerpunkt dieses Monopolisierungsprozesses bilden die zentralwirtschaftlichen Bereiche.

Auf der Grundlage staatlicher Programme für Wissenschaft und Forschung, insbesondere für die Gebiete der Kernenergie, der Raumfahrt, der Datenverarbeitung und der Elektrotechnik werden umfangreiche finanzielle Mittel über die mittelfristige Haushaltsplanung des Staates bereitgestellt. Andererseits vollziehen sich Fusionen und Konsolidationen, wodurch die Produktion und der Absatz ganzer Bereiche beherrscht werden. Eindeutige Beispiele aus der BRD sollen diese Feststellungen bekräftigen:

In der westdeutschen Elektroindustrie vereinigten acht Konzerne zwei Drittel des Gesamtumsatzes der Branche. Dieser Anteil übersteigt die Quoten der Riesenkonzerne in den USA oder der in Frankreich und in Großbritannien. Von Jahr zu Jahr werden immer neue Zusammenschlüsse und Kooperationsvereinbarungen registriert, die die Konzentration weiter vorantreiben.

So wurde mit der Bildung der Kraftwerk Union AG, eine Tochtergesellschaft von Siemens und AEG, der Marktanteil von 59 Prozent in der BRD und von 19 Prozent im internationalen Maßstab erreicht. Dadurch wurden die Preise für Atomkraftwerke und Kraftwerke herkömmlicher Art stark hochgefahren.

An dieser Entwicklung ist der Staat durch die Vergabe von faktischen Großaufträgen, durch Finanzierungen der Forschungs- und Entwicklungsarbeiten, durch Regulatorien von Kooperationsbeziehungen und zum Teil als direkter Kooperationspartner beteiligt.

Dies zeigt sich auch in anderen Bereichen an solchen Gründungen wie der Rührkocher AG, die 80 Prozent der Steinkohleförderung beherrscht, oder der Audi-NSU-Union wie auch der Zusammenschluß der Schiffbau- und Flugzeugindustrie. Durch Fusionen und Umstrukturierungen wurden die Wirtschaftsbereiche der Nachfolgesellschaften der IG Farben neu festgelegt. Jedes dieser Unternehmen verfügt heute über mehr Kapital und größere ökonomische Macht als der IG-Farben-Konzern vor 1940.

Ähnliche Vorgänge vollziehen sich auch zwischen den Banken. Bei der Analyse des Imperialismus kam Lenin zu dem Ergebnis, daß zur Zeit des ersten Weltkrieges die Deutsche, Dresdner und Commerzbank über 10 bis 12 Milliarden Mark Kapital verfügten. 1969 wiesen sie zusammen etwa 67 Milliarden DM aus. Gegenwärtig übersteigt die Bayernbank mit 25 Milliarden und die Westfälische Bank mit 20 Milliarden Stammkapital das Gesamtvermögen der drei Großbanken von damals.

Einfluß des militärisch-industriellen Komplexes wächst

Seit einigen Jahren ist in den führenden imperialistischen Ländern eine solche Tendenz erkennbar, daß die mächtigsten, vorwiegend in der Rüstungsproduktion engagierten Monopolgruppen versuchen, alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens ihren Herrschafts- und Profitsphären unterzuordnen.

Auf der Moskauer Beratung der kommunistischen und Arbeiterpartei 1969 wies Genosse Breschnew auf diese sich stärker durchsetzenden Prozesse hin: „In den hochentwickeltesten Ländern wächst schnell der Einfluß des sogenannten militärisch-industriellen Komplexes, d. h. des Bündnisses der größten Monopole mit der Militärbürokratie des Staatsapparates. Dieses unheilvolle Bündnis übt einen wachsenden Einfluß auf die Politik vieler imperialistischer Staaten aus, macht sie noch reaktionärer und aggressiver.“⁶⁾

Diese neuen Machtstrukturen, die in den USA extreme Formen erreicht haben und sich jaglicher gesellschaftlicher Kontrolle entziehen, verteidigen sich auch stärker in der BRD, beginnend durch die Politik des SPD-Ministers Helmut Schmidt.

Als entscheidende Triebkraft wirkt der hohe Grad der Militarisierung, die mit dem Militär-Industrie-Komplex in eine neue Qualität umschlug. Durch die Vertiefung der allgemeinen Krise des Kapitalismus und mit dem Scheitern der Politik des „null budget“ werden Herrliche Methoden entwickelt, um die Kräfte gegen den Sozialismus zu mobilisieren. Treibendes Motiv ist hierbei der Profit, da die Rüstungsproduktion nach wie vor die besten Verwertungsbedingungen für das Kapital bietet. Dabei wird der Staat als Finanzier und Abschmer umfassend ausgenutzt, besonders auch dafür, um die technische Revolution im Militärwesen beschleunigen zu können.

Zunehmende Aggressivität

Dadurch potenziert sich die Macht der reaktionären Monopolgruppen, die zum Kern des staatspolitischen Systems werden, und setzt sich zugleich die Führung der militärischen Gruppen durch.

Ernst Wolf Mommen, Staatssekretär im Ministerium von Helmut Schmidt, Koordinator des militärisch-industriellen Komplexes, läßt in fünf Punkten zusammen, wie er die Führung der militärischen Kräfte zu forcieren gedenkt:

1. Intensivierung der Partnerschaft zwischen Wirtschaft und Bundeswehr durch Verzahnung auf personellem Sektor.
2. Die Wehrforschung soll gegen alle Kampagnen der Wissenschaftler und Studenten an Universitäten und Instituten durchgesetzt werden.
3. Die Bildungs- und Berufsförderungspolitik soll auch für die Bundeswehr vorrangige Bedeutung erhalten, weil dies eine stärkere Integration von Wirtschaft und Bundeswehr verspricht.
4. Mehr Rationalisierung für Technik und Beschaffung und Verbesserung der Organisation durch Planung und Beschleunigung der Innovationskraft (Zeit der Erzielung der Militärforschung, der Verfasser).
5. Der Einfluß der Bundeswehr auf die regionale Wirtschaft soll verstärkt werden. Die Rüstungsaufgaben sollen in den Rahmen der allgemeinen Produktion eingebettet bleiben mit dem Ziel, den Anteil der Beschaffung im Inland von jetzt 78 Prozent weiter zu steigern.“⁷⁾

Durch die Bildung des Verteidigungsausschusses und des Arbeitskreises für Rüstungswirtschaft, in denen die Vertreter aller wichtigsten Rüstungskonzerne und ehemals hohe Offiziere der Bundeswehr ihren Einfluß durchsetzen, wird die Rüstungsplanung und Rüstungsförderung perfektioniert.

Seit April vorigen Jahres wurde durch H. Schmidt ein Teil der Führungs- und Kontrollfunktion an die Generalität abgetreten, wodurch die Souveränität der Bundesregierung eingeschränkt wird. Erstmals bekommen im Führungsgremium des Bundesverordnungsamtes die Generalinspektoren der Bundeswehr und der Teilstreitkräfte in allen Entscheidungen ein politisches Mitspracherecht.

1970 wurde unter verantwortlicher Leitung von H. Schmidt ein Bericht im Rüstungsbereich erstellt, welches in diesem Jahr eine weitere Steigerung um 10,4 Prozent erfahren soll. Bis 1971 werden die staatlichen Ausgaben für die Rüstungsforschung 38 Prozent der Gesamtausgaben für Forschung und Entwicklung betragen. All diese Errechnungen sind Ausdruck für die zunehmende Aggressivität des westdeutschen Imperialismus, die nach außen gegen den Sozialismus und nach innen gegen alle demokratischen Kräfte gerichtet ist.

Aus dieser Entwicklung entstehen neue Gefahren für die Erhaltung des Friedens, die die Einheit und Geschlossenheit aller friedliebenden Kräfte erfordern und höchste Leistungen bei der allseitigen Stärkung des sozialistischen Weltsystems bedingen.

Dr. I. Sommer, Sektion Marxismus-Leninismus

Vertiefung der allgemeinen Krise des Kapitalismus

Während der Sozialismus weiter vorrückt und alle gesellschaftlichen Entwicklungsprozesse bestimmend beeinflusst, hat der Imperialismus seine historische Initiative verloren, nimmt durch die widerspruchsvollen inneren Prozesse seine Lebilität zu. Die allgemeine Krise des kapitalistischen Systems vertieft sich. Die Besonderheit, die den Imperialismus in der gegenwärtigen Epoche kennzeichnet, besteht darin, daß er in eine defensive Position gedrängt wurde und gerungen ist, sich der veränderten Situation in der Welt anzupassen und den ökonomischen Wettstreit mit dem Sozialismus aufzunehmen. Die entscheidenden Faktoren dafür sind in dem Wirken der drei revolutionären Hauptkräfte in der Welt zu suchen:

Die ökonomische, politische und militärische Stärkung des Sozialismus, besonders der Sowjetunion, wächst:

Die Staaten des RGW erzeugen gegenwärtig bereits ein Drittel der Weltindustrieproduktion und weisen gegenüber den kapitalistischen Ländern ein höheres Wirtschaftswachstum auf.

Genosse Kossygin voranschickte auf dem XXIV. Parteitag der KPdSU die Vorzüge der sozialistischen Planung und die Überlegenheit der sozialistischen Produktionsweise an folgendem Beispiel:

„Während die Vereinigten Staaten von Amerika zur Verdoppelung ihres Nationalprodukts 23 Jahre, Großbritannien über 39 Jahre und die BRD nahezu 10 Jahre brauchen, benötigte die Sowjetunion mit ihrer gewaltigen gesellschaftlichen Produktion dazu 10 Jahre.“

Während die USA zur Verdoppelung des Umfangs der Industrieproduktion 18 Jahre, Großbritannien 23 Jahre und die BRD über 11 Jahre brauchen, erreichte die Sowjetunion das in nur achtzehn Jahren.“⁸⁾

Der Kampf der internationalen Arbeiterbewegung in den kapitalistischen Ländern verstärkt sich:

Das Jahr 1970 wurde zum größten Streikjahr der bisherigen Geschichte und erfaßte über 70 Millionen Menschen in den imperialistischen Staaten. Charakteristische Merkmale dafür sind, daß die Anzahl der Streiks gewaltig zunahm, gesamte Industriezweige oder große Monopolvereinigungen davon erfaßt wurden und eine enge Verknüpfung von ökonomischen und politischen Forderungen hervortrat.

Die nationale Befreiungsbewegung verbreitert sich

Das Erstarken junger Nationalstaaten in Afrika, die ihre Souveränität durch Bodenreform und durch die Verstaatlichung von Industrie- und Bankunternehmungen garantiert, zeigt von dem stolischen Vorankommen auf dem nichtkapitalistischen Weg. Auch in Lateinamerika verstärkt sich diese Entwicklung, wovon der Sieg der Unidad Popular in Chile kündet. Die Beschlüsse in Peru, sich von dem Einfluß des USA-Imperialismus zu lösen, sind Ausdruck dafür, daß immer mehr Staaten versuchen, sich von der imperialistischen Abhängigkeit zu befreien.

Deshalb ist für die Einschätzung des Imperialismus der Gegenwart wichtig, ihn als ein Herrschaftssystem zu begreifen, das seine Macht über einen bedeutenden Teil der Welt verloren hat und ständig mit dem Erstarken des sozialistischen Weltsystems, dem Kampf der Arbeiterklasse im eigenen Land sowie der nationalen Befreiungsbewegung konfrontiert ist.

Der Imperialismus ist heute bereits nicht mehr in der Lage, durch militärische Aggressionsakte das Kräfteverhältnis in der Welt zu seinen Gunsten zu verändern, wozu die Niederlagen des USA-Imperialismus in Indochina zeugen, obwohl er diesbezüglich nichts unversucht läßt.

Er ist nicht stärker, aber aggressiver geworden.

Anpassungsstrategie des Imperialismus

Um sich dieser neuen Situation anzupassen und sich für den Wettstreit mit dem Sozialismus zu rüsten, bemüht sich die Monopolbourgeoisie, die wissenschaftlich-technische Revolution zu nutzen, das Entwicklungstempo und die Effektivität der Produktion zu forcieren, um ihre Positionen zu festigen. Dabei nimmt die Ausbeutung und die Unterdrückung der Werktätigen zu.

Innenpolitisch führt das zum Ausbau der Militarisierung der Volkswirtschaft und zum weiteren Abbau bürgerlicher Demokratie. Dabei bedient sich die Monopolbourgeoisie der rechten Führer der Sozialdemokratie, die besorgt sind, das staatsmonopolistische System zu stabilisieren und die Werkzeuge in dieses System zu integrieren. Außenpolitisch zeigt sich eine gewisse Verhandlungsbereitschaft mit sozialistischen Ländern, wie das in den Verträgen der Sowjetunion und Polens mit der BRD zum Ausdruck kommt.

Realisierung einer Parteitagsaufgabe:

Aufgaben- und objektbezogene Weiterbildung

Entwickler und Anwender der Umformtechnik, und zwar Hoch- und Fachschulkader, aus 12 Kombinat und VVB im Bereich des Ministeriums für Verarbeitungsmaschinen- und Fahrzeugbau, haben am 30. August 1971 eine sechs-wöchige aktive Weiterbildung auf ihrem Fachgebiet begonnen. Mit zum Teil langjähriger Praxis als Leiter der Forschung und Entwicklung, Haupttechnologe, wissenschaftlich-technischer Mitarbeiter oder Hauptabteilungsleiter für Rationalisierung stehen die Teilnehmer mit an vorderster Stelle bei der Realisierung der Aufgaben des VIII. Parteitag.

Genosse Paul Stärk, Konstruktionsschleifer im VEB Rationalisierung der VVB EBM, Teilnehmer und Parteigruppenorganisator des Problemseminars, äußerte dazu: „Die Direktive des VIII. Parteitages der SED fordert, auf qualifizierten

Durchführung der Planaufgaben und Erhöhung der volkswirtschaftlichen Effektivität – insbesondere für die sozialistische Rationalisierung – die aufgaben- und objektbezogene Aus- und Weiterbildung der Werktätigen zielstrebig zu entwickeln. Mit diesem Problemseminar, welches die Teilnehmer zielgerichtet zur qualifizierten und effektiveren Lösung von Schwerpunktaufgaben auf dem Gebiete der Umformtechnik befähigt, beginnen wir bereits mit der Realisierung einer Parteitagsaufgabe.“

Genosse Horst Günther, Leiter der Forschung und Entwicklung im Betrieb Auer Werkzeugbau des VEB Kombinat Umformtechnik, sowie Kollege Konrad Kühnlenz, Fachbereichsleiter für Rationalisierung im VEB Wäldlagerkombinat DKF, haben nach Ablauf der 2 Lehrgangswochen folgenden Eindruck gewonnen:

„Das hochgesteckte Lehrgangsniveau erscheint sowohl von der Gestaltung des Themenplanes als auch der Methodik des Seminars her, die eine aktive Auseinandersetzung mit den

Problemen erfordert, als voll realisierbar.“

Gerade auf dem VIII. Parteitag wurde die verstärkte Entwicklung und Anwendung der werkstoffsparenden, progressiven Verfahren und Ausstattungen der Umformtechnik, welche noch viel Entwicklungsmöglichkeiten bieten, wiederholt mit Nachdruck gefordert. Wesentlichen Anteil an der Erreichung dieses Zieles haben die fast 60 Referenten, die als hervorragende Fachleute besonders aus der sozialistischen Industrie und der TH Karl-Marx-Stadt gewonnen wurden, sowie die sorgfältig ausgewählte Zusammensetzung des Teilnehmerkreises.

Wir danken dem Ministerium für Verarbeitung und Fahrzeugbau und unseren delegierenden Einrichtungen, aber auch der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt und der Sektion Fertigungsprozess- und mittel sowie der Leitung des WBZ für die Möglichkeit dieser hochqualifizierten Weiterbildung und werden sie zum Wohle unseres sozialistischen Staates maximal nutzen.“



Eröffnung von Problemseminar II am Weiterbildungszentrum Werkzeugmaschinen durch den Leiter, Genosin Prof. Bölich. Foto: Schröder